



Foto: Klaus Rozsa

Schulmanifest der SP der Stadt Zürich

Unsere 10 Thesen zur städtischen Schulpolitik:

- Schülerinnen und Schüler lernen selbständig zu handeln.
- Lernen und Leistung Erbringen sollen und dürfen Freude machen.
- Kinder werden im 5. Lebensjahr in die Grund- oder Basisstufe eingeschult.
- In der Primarschule beginnt der Fremdsprachenunterricht in Französisch und Englisch.
- Bis zum 9. Schuljahr werden alle gemeinsam unterrichtet.
- Kleinklassen sind zugunsten von integrativer Schulung abzubauen.
- Lehrerinnen und Lehrer werden unterstützt und überprüft.
- Die Schulqualität wird regelmässig überprüft.
- Die ausserfamiliäre Betreuung ist gewährleistet.
- Art und Grösse der Schulräume messen sich an pädagogischen Bedürfnissen.

Zur Ausgangslage.

Vom Frühjahr bis zum Sommer 2004 traf sich eine Arbeitsgruppe der SP der Stadt Zürich zu zahlreichen Diskussionen über die Frage: Wie soll es in der Schule nach dem teilweisen Scheitern der Schulreform in der kantonalen Volksabstimmung sowie in Zeiten nötigen und forcierten Sparens politisch weitergehen?

Obwohl alle Mitglieder der Arbeitsgruppe die Meinung teilen, dass in der Bildung insgesamt kaum gespart werden kann, sind sie der gemeinsamen Überzeugung, dass aus Nichtsparen und Bewahrung des Status quo noch keine sinnvolle

Bildungspolitik resultiert. Ausserdem sind sie überzeugt, dass die laufenden Volksinitiativen (zu biblischem Unterricht, Hauswirtschaftsunterricht, Klassengrössen oder einer Fremdsprache in der Primarschule) keine zentralen Werte der Schule betreffen. (Mit deren Inhalte sollte man sich durchaus auseinandersetzen, aber nicht an dieser Stelle.)

Obwohl in der Arbeitsgruppe auch Lehrende mitwirkten, war das Ziel in erster Linie ein politisches und nicht ein pädagogisches Manifest. Im Zentrum der Überlegungen standen die obligatorische Schulzeit in der Volksschule und somit die Schulpolitik in der Stadt Zürich.

Die Arbeitsgruppe ging von folgenden vier Grundüberzeugungen aus:

1. Die Schule hat der Verbesserung der Chancengleichheit zu dienen. Jedes Kind hat unabhängig von seiner Herkunft, seiner Sprache und seinem Geschlecht das Recht auf eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung.
2. Die Stadt Zürich hat nur wirkliche Zukunftschancen, wenn sie in die Bildung und Weiterbildung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner investiert. Die Attraktivität Zürichs basiert auf gut ausgebildeten Arbeitskräften und auf einer vielfältigen Kultur. Beides sind auch Produkte von Bildungsinvestitionen.
3. Die öffentliche Volksschule ist die einzige und unbestrittene Grundlage der Schule. Private Schulen können in Nischen ihre Funktion haben. Im Gegensatz zur Bahn gibt es in der Schule jedoch nur eine Klasse für alle.
4. Die Schule ist Teil der Gesellschaft und damit auch der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie ist weder ein Paradies zum Wohle des Kindes, noch lassen sich alle möglichen Gesellschaftsprobleme an sie delegieren. Zwei Beispiele zur Erläuterung:

- Es ist die Aufgabe der Schule, einem Jugendlichen die Fähigkeiten für den angestrebten Beruf, etwa des Verkäufers zu ver-

mitteln. Ob er damit sein Leben verdienen kann, gehört aber nicht mehr in ihre Kompetenz.

- Kurz nach dem Schulaustritt werden die Schülerinnen und Schüler mündig. Eine Schule, die sie nicht zu eigenständigem Denken führte und Demokratie nicht praktisch erleben liess, hat ihren Auftrag kaum erfüllt.

Nach einer Darstellung der Grundaufgabe der Zürcher Schule sind die folgenden Kapitel jeweils in die drei Abschnitte Zielsetzung, Analyse des Ist-Zustandes und Massnahmen gegliedert.

These Nr. 1: Schülerinnen und Schüler lernen selbständig zu handeln.

Übergeordnetes Ziel der schulischen Ausbildung muss sein, Menschen zu selbständigem Handeln (das heisst lernen zu lernen, zu handeln, zu verantworten und sowohl in der Gemeinschaft wie auch in der Differenz zusammenzuleben) zu befähigen. Intellektuelle Fähigkeiten und soziale Kompetenz bilden die Basis, um im Leben bestehen zu können und erfolgreich zu sein. Wer die Volksschule verlässt, nähert sich der Mündigkeit und sollte damit seine Fähigkeiten soweit entwickelt haben, um für Tun und Lassen die Verantwortung selber übernehmen zu können.

Die obligatorische Schulzeit muss einerseits jene Kulturtechniken vermitteln, die als Allgemeinut vorausgesetzt werden, den Jugendlichen den Berufseinstieg ermöglichen und ihnen erlauben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Andererseits ist die Schule auch dazu da, um Fenster zur Freizeit, zur Kultur und zum Sport zu öffnen.

These Nr. 2: Lernen und Leistung Erbringen sollen und dürfen Freude machen.

Ziel:

In der Schule herrscht eine Atmosphäre, in der Lernen «in» ist und Spass macht. Und eine

Kultur, in der Lernbegierige nicht als «Streber» verunglimpft werden.

Situation:

Kinder haben Freude am Entdecken, am Ausprobieren, am Etwas-Können, und darum grundsätzlich Freude am Lernen und an der eigenen Leistung. Dass diese ungebrochene Lernfreude vom Kindergarten bis in die Pubertät etwas abnimmt, ist wohl unvermeidlich.

PISA zeigte unerbittlich, dass die Schweizer und gerade die Zürcher Schulen nicht mehr Spitze sind. Aber auch ohne PISA: Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne halbwegs befriedigende Kenntnisse in Sprache und Mathematik. Zu viele Schülerinnen und Schüler finden sich zu früh damit ab, dass die Schule nichts für sie sei. Und weder eine allfällig bessere Integration noch ein allseits friedliches Zusammenleben wiegen die ungenügenden intellektuellen Fähigkeiten auf.

Schonungslos zusammengefasst: Zu oft sind die Leistungen in der Schule ungenügend, sowohl was Kopf als auch Hand und Herz anbelangt.

Massnahmen:

- Es gibt sowohl Klassen als auch ganze Schulhäuser, die von den Schülerinnen und Schülern gerne besucht und in denen intellektuelle und soziale Leistungen mit Spass erbracht werden. Diese Schulhäuser sind zu analysieren und zu Vorbildern zu machen.
- Es braucht ein Klima der Neugierde, in dem die Leistungen und Lernfortschritte aller anerkannt werden und keine Abwertung schwächerer Schülerinnen und Schüler erfolgt.
- Ein breites Spektrum an Unterrichtsmethoden fördert die Lernfreude ebenso wie die Möglichkeiten, eigene Projekte und Ideen auszuarbeiten und sie der Klasse, der Schule, den Eltern oder gar der Öffentlichkeit vorzustellen.
- Im Alter gemischte Lerngruppen werden aufgrund der vorliegenden vielversprechenden Erfahrungen gefördert.
- Unterricht in nach Buben und Mädchen getrennten Klassen kann nützlich sein. Ebenso sollen die Rollenbilder immer wieder in Frage gestellt

werden, indem beispielsweise eine Lehrerin Physik unterrichtet und ein Lehrer Hauswirtschaft.

- Unter Beibehaltung des Klassenlehrer-Prinzips drängt sich eine intensive Teamarbeit unter den Lehrenden auf, um die unterschiedlichen Fähigkeiten hinsichtlich Lehrmethoden, Wissensgebiet und -vermittlung möglichst optimal auszuschöpfen.
- Die nötige Schulsozialarbeit entfaltet ihre Wirkung, wenn sie flächendeckend vorhanden ist, über genügend Ressourcen verfügt und in die Schulteams integriert ist.
- Hausaufgaben sind in erster Linie unter dem Aspekt der Förderung des selbständigen Lernens zu erteilen. Damit vom Sinn solcher Hausaufgaben auch Schülerinnen und Schüler profitieren, die zu Hause wenig oder keine Unterstützung finden, ist an allen Schulen ein entsprechendes Gefäss mit Betreuung einzurichten.
- Die Partizipation soll auf allen Ebenen mittels konkreten Projekten umgesetzt werden.

These Nr. 3: Kinder werden im 5. Lebensjahr in die Grund- oder Basisstufe eingeschult.

Ziel:

Die obligatorische Schulzeit beginnt mit der Grund- oder Basisstufe im 5. Lebensjahr.

Situation:

Die Trennung in Kindergarten zum Spielen und Primarschule zum Lernen ist eines der schlimmsten Überbleibsel zwinglianischen Denkens und widerspricht völlig den kindlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Wer einem dreijährigen Kind zuschaut, mit welcher Lust und Konzentration es versucht, Wörter entsprechenden Gegenständen zuzuordnen, kann nicht ernsthaft behaupten, Kinder im heutigen Vorschulalter würden nicht gerne lernen. Gerade Sprachen lernen sie in diesem Alter besonders leicht. Mit der Schulreife nach Geburtsdatum funktioniert es hingegen nur sehr bedingt. Die Schweiz ist europaweit das Land, in dem Kinder am spätesten eingeschult werden.

Massnahmen:

■ Die Grund- oder Basisstufe für die beiden heutigen Kindergarten- und das erste oder die ersten beiden Primarschuljahre bleibt eine der unverzichtbaren Schulreformen. Diese Schulform mit dem (nach drei bis fünf Jahren) gleitenden Übergang in die zweite Schulstufe nimmt ohne grosses Tamtam Rücksicht auf unterschiedliche Entwicklungstempi der Kinder.

These Nr. 4: In der Primarschule beginnt der Fremdsprachenunterricht in Französisch und Englisch.**Ziel:**

Die familiär begründete Zweisprachigkeit sehr vieler Zürcher Schulkinder trägt – wie die gezielte und anwendungsorientierte Förderung von Fremdsprachen – zu den Zürcher Standortvorteilen bei. Beim Schulaustritt sollten nicht lernbeeinträchtigte Zürcher Schülerinnen und Schüler neben ihrer Muttersprache Deutsch, Französisch und Englisch sprechen und schreiben können.

Situation:

Rund die Hälfte der Zürcher Schülerinnen und Schüler wächst zweisprachig auf. Da es sich bei den Zweitsprachen um über hundert Idiome handelt, kommt ein Bilingue-Unterricht, wie ihn Biel oder Freiburg kennen, natürlich nicht in Frage.

Obwohl zahlreiche Lehrende und die pädagogische Wissenschaft in die Thematik der Mehrsprachigkeit viel Energie investieren, und obwohl gerade die Stadt Zürich bei der Deutschförderung nicht knausert, müssen wir eingestehen, dass einiges gar nicht optimal läuft. Auch wenn Kinder Sprachen eigentlich gut und rasch begreifen, gehen immer mehr Schülerinnen und Schüler, die ihre ganze Schulzeit in Zürich verbrachten, mit ungenügenden Sprachkenntnissen von der Schule ab. Da aber Sprachkenntnisse immer wichtiger werden, führt dies zu einer zunehmenden Verschlechterung ihrer Berufsaussichten.

Die negativen Aspekte: Die Armut der Eltern setzt sich bei den Kindern fort; der Schule gelingt es immer weniger, die Chancengleichheit zu verbessern. Das Ausspielen von Schweizer gegen Ausländerkinder nutzt niemandem – wir haben nun einmal die Schülerinnen und Schüler, die wir haben. Und wenn gerade die ausländischen Unterschichtskinder nicht besser geschult werden, kommt dies Zürich auf die Dauer teuer zu stehen.

Die positive Seite: In Zürich liegt ein riesiges Sprachen- und Kulturpotential sozusagen auf der Strasse. Man muss es nur aufheben und pflegen.

Massnahmen:

■ Die Pflege der Muttersprache, wozu auch Schweizerdeutsch gehört, ist unverzichtbar. Ebenso unverzichtbar ist aber eine Sprache, die allen Zürcherinnen und Zürchern gemeinsam ist. Dabei kann es sich nur um Hochdeutsch handeln. Das konsequente Anwenden des Hochdeutschen in den Schulstunden sollte darum Realität und kein blosses Lippenbekenntnis sein.

■ Mehrsprachigkeit bei rund der Hälfte der Zürcher Schulkinder ist als Tatsache zu akzeptieren und – ohne die Schwierigkeiten zu ignorieren – auch als Chance zu verstehen.

■ Nur wer seine Muttersprache mündlich und schriftlich beherrscht, ist fähig, weitere Sprachen gründlich zu lernen. Deshalb müssen die Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur zu den obligatorischen Lektionen der Volksschule gehören und künftig sowohl finanziell im Rahmen der Volksschule eingeplant wie auch in der Unterrichtsqualität überprüft werden.

■ Auch der Umgang mit Computern ist im weiteren Sinn eine Sprache und darum an der Volksschule zu lehren.

These Nr. 5: Bis zum 9. Schuljahr werden alle gemeinsam unterrichtet.**Ziel:**

Die Schulung aller Jugendlichen bis zum 9. Schuljahr soll weitgehend gemeinsam erfolgen.



Foto: Nadine Steinemann

Lernen und Leistung Erbringen sollen und dürfen Freude machen

Situation:

Die Reform der Oberstufe ist gescheitert: Mehr und mehr Eltern geben Geld für Nachhilfestunden oder Privatschulen aus, damit ihre Kinder bereits nach der 6. Klasse ins Langzeitgymnasium kommen. Die dreiteilige Oberstufe bietet nicht die nötige Flexibilität, und in der gegliederten kommen Schülerinnen und Schüler wie Lehrende vor lauter Umteilungen nicht zur Ruhe. Immer weniger Unternehmen akzeptieren die Schulabschluss-Zeugnisse und ziehen es vor, die Anwärterinnen und Anwärter auf ihre Lehrstellen selber zu prüfen.

Kurz: Die Absicht, jedem Oberstufenschüler und jeder Oberstufenschülerin die Schule anzubieten, die seinen/ihren Fähigkeiten entgegenkommt, entwickelt sich zunehmend zur

gnadenlosen Hackordnung: Am Zürichberg hat versagt, wer es nicht ins Langzeitgymnasium, im Kreis 4, wer es nicht in die «Sekundarschule» schafft.

Massnahmen:

■ Für alle Oberstufenschülerinnen und -schüler gibt es eine gemeinsame, binnendifferenzierte Oberstufe – wie es z.B. auch PISA-Spitzenreiter Finnland handhabt: Die Schülerinnen und Schüler werden nicht mehr in separaten, nach Leistungsstärke unterschiedenen Klassen unterrichtet, sondern wie auf der Primarstufe in einer einzigen. Den unterschiedlichen Leistungsniveaus der Schülerinnen und Schüler wird mit angepassten Lernanreizen und -zielen auf der Ebene der einzelnen Klasse Rechnung getragen.

■ Auch die Schulung der Schülerinnen und Schüler, die heute nach der 6. Primarklasse ins Langzeitgymnasium wechseln, soll mittelfristig in die gemeinsame Oberstufe integriert werden.

These Nr. 6: Kleinklassen sind zugunsten von integrativer Schulung abzubauen.

Ziel:

Zusätzliche heilpädagogisch ausgebildete Lehrkräfte in den Regelklassen sollen die Aufhebung möglichst vieler Kleinklassen ermöglichen. Dabei handelt es sich explizit nicht um eine Sparmassnahme.

Situation:

Die Schaffung von immer mehr Kleinklassen für immer mehr Schülerinnen und Schüler mit einer Benachteiligung hat sich als Fehlschlag erwiesen. In den meisten Fällen leisten die Kleinklassen keinen Beitrag zur Integration ihrer Schülerinnen und Schüler, sondern bewirken durch die Ballung mehrerer Kinder mit ähnlichen Schwierigkeiten zusätzliche Probleme. Zudem steht oft nicht die gezielte Förderung der Kinder im Vordergrund, sondern die Entlastung der Regelklassen und deren Lehrkräfte.

Massnahmen:

- Kleinklassen aufheben und die Kinder in die Regelklassen integrieren, dabei die heilpädagogisch ausgebildeten früheren Kleinklassen-Lehrkräfte im Sinne der ISF (Integrative Schulungsform) in den Regelklassen einsetzen.
- In den Schulhäusern Fachgespräche einführen, in denen Unterstützungsmassnahmen auch klassenübergreifend abgesprochen werden.

These Nr. 7: Lehrerinnen und Lehrer werden unterstützt und überprüft.

Ziel:

Schulleitungen haben im Rahmen ihrer Aufgaben die nötige Autonomie sowie Finanz- und Perso-

nalkompetenz. Sie leiten die Lehrkräfte, bei aller Bewahrung deren eigener Identität, zur Fähigkeit und Bereitschaft an, im Team zu arbeiten und Verbesserungen auf- und anzunehmen.

Situation:

Auf die Lehrerin oder den Lehrer kommt es an, sagt der Volksmund. Nur wird die Konsequenz dieses Satzes selten bedacht: Hängt die Qualität des Unterrichts und die Schumatmosphäre von der Person der Lehrerin oder des Lehrers ab, kann die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler dann gefährdet sein, wenn die Lehrperson ungenügend ist. Und es ist leider keine Seltenheit, dass nicht oder nur knapp genügende Lehrerinnen und Lehrer ohne unterstützende Massnahmen weiter unterrichten.

Es gibt bisher kaum Möglichkeiten, arrivierte Lehrerinnen und Lehrer mit nachlassendem Eifer und geringem Weiterbildungswillen zu besseren Leistungen anzuhalten. Aber auch noch ungewandte junge Lehrkräfte werden pädagogisch, methodisch und didaktisch heute zu wenig konsequent unterstützt. Die Schulleitungen in den Geleiteten Schulen dürften auf die Dauer eine konstante Qualität der Schulteams eher durchsetzen. Dazu brauchen sie jedoch die nötigen finanziellen und personellen Kompetenzen.

Zu den wesentlichen Errungenschaften der Lehrerschaft gehört die Methodenfreiheit. Sie erfüllt ihren Zweck aber nur, wenn das Erreichen der Lehrplanziele und die methodische Wirksamkeit regelmässig und möglichst objektiv überprüft werden.

Massnahmen:

- Die Stadt Zürich führt die Geleiteten Schulen rasch und grosszügig ein. Nur wenn die Schulleitung Kapazitäten hat, kann sie die Lehrkräfte administrativ entlasten und zu einem Team formen, in dem die Stärken der einzelnen Lehrkräfte allen zugute kommen.
- Geleitete Schulen benötigen Autonomie, wozu auch die Finanz- und Personalkompetenz gehören. Zumindest über die Normkosten muss die Schule selber entscheiden können. Das bedeutet, dass Stadt- und Gemeinderat einen Teil ihrer Finanzkompetenzen an die Schulpflegen abgeben

müssen. In Personalfragen wie der Anstellung von Lehrerinnen und Lehrern braucht es beides: Sowohl die Mitsprache der Schulleitung, die detailliert weiss, wen sie braucht, als auch die Kontrolle der Schulpflege, um Probleme von zu grosser Nähe und Befangenheit zu vermeiden.

■ Die Arbeit der Lehrenden untersteht einer periodischen und möglichst objektiven Kontrolle. Es ist relevant, in welchem Ausmass eine Klasse die Ziele des Lehrplans erreicht, und die Lehrenden müssen sich daran messen lassen.

■ Damit die Lehrkräfte sich verbessern können, braucht es ein ausgebautes, gezieltes, systematisches und teilweise auch obligatorisches Weiterbildungssystem auf dem neusten Stand der Bildungsforschung. In diesem Zusammenhang soll auch das kollegiale Feedback, welches der Qualitätssicherung dient, verankert werden.

■ Die Lehrkräfte werden regelmässig in ihrer Arbeit beurteilt, wobei zu dieser Beurteilung auch die Selbsteinschätzung der Lehrperson gehört.

These Nr. 8: Die Schulqualität wird regelmässig überprüft.

Ziel:

Die Überprüfung von Unterricht, Projekten und Versuchen hinsichtlich Qualität und Effizienz gehört zukünftig zu den Selbstverständlichkeiten in der Schule.

Situation:

Die Schulpflegen – und zunehmend auch die Schulleitungen – beobachten den Unterricht und geben Feedbacks, führen Schulversuche ein und evaluieren sie. Noch gilt aber in der Schule Hinterfragen bereits als negative Kritik und wird eine kritische Begutachtung als grundlegende Infragestellung missverstanden.

Die Frage von Kosten und Effizienz wird auch im Bildungsbereich immer wichtiger. Gerade wer für eine bessere – und notfalls teurere – Bildung eintritt sollte sich für eine Evaluierung und Überprüfung der realisierten Projekte einsetzen.

Und schliesslich ein heisses und sehr aktuelles Beispiel: Brachte die Verkleinerung der

Es braucht rasch genügend ausserfamiliäre Betreuungsplätze.



Foto: Nadine Steinemann

Klassen eine Verbesserung des Unterrichts? Die Schule handelte in den letzten Jahren vermutlich zuviel nach dem Motto «Mehr vom gleichen», bevor dessen Wirkung erwiesen war.

Massnahmen:

- Die Schule braucht eine selbstverständliche Kultur der Effizienz- und Zielüberprüfung.
- Es braucht auch den Mut und die Konsequenz, einen Versuch abzubrechen, wenn Aufwand und Ertrag in einem schlechten Verhältnis stehen. Manchmal kann weniger mehr sein.
- Freude an Experimenten erhöht die Chance auf neue Erkenntnisse. «Versuchsweise Einführung» soll nicht mehr ein Synonym für «Provi-durium» sein.

These Nr. 9: Die ausserfamiliäre Betreuung ist gewährleistet.

Ziel:

Für jedes Kind, dessen Eltern ihn brauchen oder wollen, steht ein einkommensabhängiger Betreuungsplatz zur Verfügung.

Situation:

Da die ausserfamiliäre Betreuung zum sozialdemokratischen Einmaleins gehört, sei auf die

Aufzählung der gesellschaftlichen Gründe verzichtet. Hier nur ein schulischer Hinweis: Für Einzel- wie für fremdsprachige Kinder dienen Hort, Krippe und Mittagstisch der Entwicklung des Kindes mindestens ebenso wie der Emanzipation der Eltern.

Massnahmen:

- Es sind rasch garantierte Betreuungsplätze zu geregelten und einkommensabhängigen Tarifen einzuführen.

These Nr. 10: Art und Grösse von Schulräumen messen sich an pädagogischen Bedürfnissen.

Ziel:

Es ist genügend und zweckmässiger Schulraum bereit zu stellen, der auch für Vereine, Organisationen und der Quartierbevölkerung zur Verfügung steht.

Situation:

Die Rückstellung der Schulhaussanierungen in den neunziger Jahren ist eine reale Hypothek, die nun schrittweise abgebaut wird. Zu einer mindestens so grossen Hypothek könnte sich der Denkmalschutz entwickeln.

Massnahmen:

- Die Sanierung der Schulhäuser ist konsequent weiterzuführen.
- Bei Schulhausneu- und umbauten müssen die Funktionen der heutigen Pädagogik im Vordergrund stehen. Schulhäuser sind zuallererst für die Schülerinnen und Schüler da und nicht als Zeugen einer Architektur- oder Schulkultur.

Zum Schluss.

Es ist heute modern (und manchmal sogar sinnvoll), alles mit allem zu vernetzen. Trotzdem haben wir darauf verzichtet, abschliessend aufzuzählen, mit wem die Schule alles zusammenarbeiten und welche anderen gesellschaftlichen

Voraussetzungen sie erfüllen sollte, um die formulierten Ziele in den einzelnen Bereichen zu erreichen. Wir wissen, dass zu einer guten Schule gute Anstellungsbedingungen für sämtliche Angestellten gehören. Auch ist uns klar, dass zu Schülerinnen und Schülern immer auch Eltern gehören und dass somit die Beziehung zwischen Schule und Eltern eine wichtige Rolle spielt. Und ausserdem ist uns bewusst, dass eine Schule in einem Quartier und damit in Beziehung zu unterschiedlichsten Quartierorganisationen steht. Darum finden wir es nötig, dass Schulräume auch für deren Aktivitäten zur Verfügung stehen sollten, und zwar nicht nur abends.

Aber wir wollten und wollen uns in diesem Manifest auf die Kernaufgaben der Schule konzentrieren: Weniger ist manchmal mehr.

Impressum

Herausgegeben von der SP der Stadt Zürich,
Schreinerstrasse 43, 8004 Zürich
Telefon 01 242 82 66
E-Mail: spstadtzh@spstadtzh.ch
Internet: www.spstadtzh.ch

Gestaltung: Raymond Naef
Lektorat: Rolf Preisig

November 2004. Nachdruck unter Quellenangabe erwünscht, Einzelexemplare gratis.

Talon für Interessierte, Neugierige und Beitrittswillige

-
- Ich interessiere mich für die SP. Schicken Sie mir bitte Unterlagen.
 - Die SP gefällt mir. Ich trete der Partei bei.

Vorname/Name:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: SP Stadt Zürich, Schreinerstrasse 43, 8004 Zürich